



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

Datengrundlage

Im Auftrag der Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog GmbH hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH untersucht, welche subjektiven Sicherheitsempfindungen bei den Bürgern in Deutschland vorzufinden sind. Im einzelnen wurde ermittelt, welche Bedeutung der Bereich der inneren und äußeren Sicherheit für die Bürger hat, welche Bedrohungen davon für die Bürger ausgehen, wie der Komplex Kriminalität von den Bürgern wahrgenommen und bewertet wird und welche Erwartungen an staatliches Handeln gerichtet bzw. nicht gerichtet werden.

Im Rahmen dieser Untersuchung wurden vom 30. Juli bis 10. August 2007 1.505 erwachsene Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe computergestützter Telefoninterviews befragt. Die Auswahl der Befragten erfolgte nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die Stichprobe in ihrer Struktur der Grundgesamtheit der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland entspricht. Die ermittelten Befunde können somit – lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen – auf die Gesamtbevölkerung übertragen werden.

Die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung werden im nachfolgenden dargestellt.



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

1. Wichtige Probleme, Ängste und Bedrohungen in Deutschland

1.1 Die größten Probleme aus Sicht der Bürger

Fragt man die Bürger in Deutschland offen, d.h. ohne jede Vorgabe nach den aus ihrer Sicht wichtigsten Problemen, dann werden vor allem ökonomische und soziale Probleme genannt. Trotz des zu verzeichnenden Rückgangs der Arbeitslosigkeit ist die Lage am Arbeitsmarkt wie schon seit fast eineinhalb Jahrzehnten auch 2007 noch das für die Menschen in Deutschland dominante Problem. Daneben werden vor allem die als zu niedrig empfundenen Löhne und Gehälter, die als zu hoch empfundenen Preise und die daraus resultierende hohe finanzielle Belastung des einzelnen Bürgers sowie vielfältige soziale Probleme und die als zu groß empfundenen Unterschiede zwischen einzelnen sozialen Gruppen der Gesellschaft als Problem empfunden.

• Die wichtigsten Probleme in Deutschland 2007

	insgesamt*) %	Ost %	West %
ökonomische und soziale Probleme:			
- Arbeitslosigkeit	66	71	66
- ökonomische Lage generell	7	6	7
- Staatsverschuldung	6	3	6
- Armut (zu niedrige Löhne; finanzielle Belastung des Einzelnen)	17	16	17
- zu hohe Preise	13	15	13
- soziale Probleme (Rente)	16	13	16
- Gesundheitspolitik	7	8	7
- soziales Gefälle in Deutschland	8	13	7
Summe	140	145	139
öffentliche Sicherheit:			
- Terrorismusbekämpfung	7	6	7
- Kriminalität	6	6	6
- Ausländer	6	2	7
- Rechtsextremismus	3	6	2
Summe	22	20	22
Kinder und Jugendliche:			
- Bildungspolitik	13	14	13
- fehlende Angebote für Kinder und Jugendliche	9	9	9
Summe	22	23	22
Umweltprobleme:			
- Klimaschutz und Energie	14	11	15
- Umwelt generell	9	8	9
Summe	23	19	24
Politiker, Parteien	14	14	14



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

Genannt werden weiterhin Probleme, die die Kinder und Jugendlichen und vor allem deren Zukunft betreffen, sowie Umweltprobleme.

Die öffentliche Sicherheit wird insgesamt von 22 Prozent aller Bürger in verschiedenen Facetten (Terrorismus, Kriminalität und Gewalt, Rechtsextremismus, Bedrohung durch Ausländer) als Problem empfunden.

1.2 Ängste und Sorgen der Deutschen

Über die Hälfte aller Bundesbürger hat Angst davor, dass Kindern oder anderen Familienangehörigen Gewalt angetan wird. Knapp die Hälfte sorgt sich um den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes oder den eines Familienmitglieds bzw. darüber, dass die persönliche Freiheit eingeschränkt würde.

Zwei Fünftel bzw. ein Drittel haben Angst davor, dass sich ihre soziale oder Einkommenslage verschlechtern könnte bzw., dass man Opfer von Betrügereien wird.

Rund die Hälfte hat Angst davor, Opfer einer Gewalttat, eines Terroranschlags, eines Einbruchs oder eines Raubes der Hand- oder Brieftasche zu werden.

• Ängste und Sorgen der Deutschen

	Es macht	
	große Angst %	weniger bzw. keine Angst %
Gewalt an Familienangehörigen	55	45
Verlust des Arbeitsplatzes	45	55
Einschränkung der persönlichen Freiheit	45	55
Verschlechterung der sozialen und Einkommenslage	41	59
Opfer von Betrügereien	34	66
Wohnungseinbruch	27	73
Opfer einer Gewalttat	27	73
Raub der Handtasche oder Brieftasche	24	76
Opfer eines Terroranschlags	23	77



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

Die Ostdeutschen, die Absolventen von Hauptschulen, die ärmeren Bevölkerungsschichten und die Frauen in allen Altersklassen haben in überdurchschnittlichem Maße Angst davor, dass sich die eigene ökonomische Lage verschlechtern könnte (Verlust des Arbeitsplatzes; Verschlechterung der Einkommens- und Finanzsituation).

Angst davor, Opfer einer Gewalttat zu werden, haben wiederum die Frauen aller Altersgruppen häufiger als Männer. Ebenso ist die Furcht davor bei den Absolventen von Hauptschulen weiter verbreitet als bei denen, die eine weiterführende Schulausbildung haben.

1.3 Bedrohungen in Deutschland

Dass die deutsche Gesellschaft derzeit eher durch Konflikte und zunehmende Gewalt gekennzeichnet ist, glauben 53 Prozent aller Bundesbürger – vor allem die Ostdeutschen, die Frauen, die Hauptschulabsolventen, die ärmeren Bürger sowie die Anhänger der Linken, die Nichtwähler und diejenigen, die glauben, der Staat tue nicht genug gegen die Kriminalität.

44 Prozent aller Bundesbürger glauben, dass die deutsche Gesellschaft alles in allem eher friedlich und harmonisch ist.



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

• Meinungen zum Zustand der Gesellschaft in Deutschland

Die Gesellschaft in Deutschland ist alles in allem eher

		friedlich und harmonisch	durch Konflikte und *) zunehmende Gewalt gekennzeichnet
		%	%
insgesamt		44	53
Ost		30	66
West		47	50
Männer		51	46
Frauen		37	60
Hauptschule		33	62
mittlerer Abschluss		40	57
Abitur, Studium		52	46
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.000		35	61
- € 1.000 bis € 2.000		37	60
- € 2.000 bis € 3.000		44	52
- über € 3.000		56	42
Anhänger der:	CDU/CSU	52	45
	SPD	51	47
	FDP	47	52
	Grünen	55	41
	Linken	28	67
Nichtwähler		28	68
Der Staat tut genug gegen Kriminalität:			
- ja		65	34
- nein		35	61

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

Bedrohungen gehen nach Meinung von drei Vierteln bzw. vier Fünfteln aller Bundesbürger vor allem von der Verrohung der Gesellschaft und der zunehmenden Gewalt, von der Lage am Arbeitsmarkt, der sozialen Ungleichheit und dem Klimawandel aus.

Die gegenwärtige ökonomische Lage und der Zuzug von Ausländern werden nicht in so starkem Maße als Bedrohung empfunden.

Rund zwei Drittel fühlen sich durch die Kriminalität im Alltag und durch Terroranschläge bedroht.

Fast durchweg fühlen sich Ostdeutsche und Frauen stärker bedroht als Westdeutsche und Männer.

• Bedrohungen in Deutschland

Kann sich für das Leben der einzelnen Menschen in Deutschland bedrohlich auswirken

	insgesamt %	Ost %	West %	Männer %	Frauen %
Verrohung und Gewalt in der Gesellschaft	83	86	82	79	86
Arbeitslosigkeit	80	87	79	76	84
soziale Ungleichheit	79	86	77	77	81
Klimawandel	73	73	73	66	80
Kriminalität	71	78	70	67	76
Terroranschläge	66	70	65	59	74
ökonomische Lage	44	52	43	38	50
Zuzug von Ausländern	32	34	32	29	36

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

2. Die Bürger und die Kriminalität

2.1 Bedrohung durch Kriminalität

Eine klare Mehrheit von 63 Prozent aller Bürger hat den Eindruck, dass die Kriminalität in Deutschland in den letzten Jahren zugenommen hat. Nur ganz wenige (6 %) meinen, die Kriminalität habe abgenommen.

• Einschätzung der Entwicklung der Kriminalität in Deutschland

Die Kriminalität hat in den letzten Jahren in Deutschland

	zugenommen	abgenommen	ist unverändert geblieben	
	%	%	%	
insgesamt	63	6	31	
Ost	63	5	32	
West	63	6	31	
Männer	56	8	36	
Frauen	71	4	25	
Hauptschule	76	4	20	
mittlerer Abschluss	67	6	27	
Abitur, Studium	55	6	39	
Anhänger der:	CDU/CSU	62	6	32
	SPD	58	7	35
	FDP	64	5	31
	Grünen	41	11	48
	Linken	67	5	28
Staat tut genug gegen Kriminalität:				
- ja	38	10	52	
- nein	74	4	22	
die Gesellschaft in Deutschland ist:				
- harmonisch und friedvoll	48	8	44	
- durch Konflikte und zunehmende Gewalt gekennzeichnet	76	4	20	



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

Dass die Kriminalität zugenommen habe, das glauben in überdurchschnittlichem Maße die Frauen, die Hauptschulabsolventen, die Anhänger der Union, der FDP und der Linkspartei sowie diejenigen, die das Gefühl haben, der Staat tue zu wenig gegen die Kriminalität, bzw. die Gesellschaft sei durch Konflikte und Gewalt geprägt.

Als Gründe für die Zunahme der Kriminalität werden von denen, die einen Anstieg der Kriminalität vermuten, vor allem die schlechte Lage am Arbeitsmarkt, die offenen Grenzen und der damit verbundene unkontrollierbare Zugang von Ausländern, die Perspektivlosigkeit der Jugend und die soziale Ungerechtigkeit im Lande genannt.

• Gründe für Zunahme der Kriminalität*)

	insgesamt**) %	Ost %	West %
Arbeitslosigkeit	35	49	32
offene Grenzen, Ausländer	25	19	27
Perspektivlosigkeit der Jugendlichen	20	24	19
Armut	16	18	16
soziale Ungerechtigkeit	13	15	13
schlechte Erziehung, Vernachlässigung der Kinder	11	8	12
Werteverfall, Egoismus	11	10	11
Unzufriedenheit der Menschen	9	10	9
Verrohung der Gesellschaft	8	5	9
Berichterstattung in den Medien	7	7	7
zu milde Justiz	5	8	5
Politiker, Parteien	5	7	5
schlechtes Bildungssystem	4	5	4
Einsparung an Polizei	2	3	2

*) Basis: Diejenigen, die eine Zunahme der Kriminalität vermuten

**) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

Besonders bedroht fühlen sich die Menschen in Deutschland nach Einschätzung der Befragten vor allem durch die Gewalt an Schulen, durch Misshandlungen von Kindern, durch Betrügereien, organisierte Banden, Einbrüche und Diebstähle sowie die vom Rechtsextremismus ausgehende Gewalt.

Ost- und Westdeutsche unterscheiden sich in ihren Einschätzungen nur in Nuancen. Frauen schätzen die Bedrohungen durchweg höher ein als Männer.

• Bedrohung durch Kriminalität

Die Menschen in Deutschland fühlen sich ganz besonders bedroht durch:

	insgesamt %	Ost %	West %	Männer %	Frauen %
Gewalt an Schulen	85	85	85	81	88
Kindesmisshandlungen	79	77	79	73	84
Betrügereien	71	75	70	69	72
organisierte Banden	69	66	70	67	71
Einbrüche und Diebstähle	68	67	68	64	72
Gewalt von Rechtsextremen	68	71	67	61	74
Überfälle	64	62	64	59	69
rassistische Übergriffe	62	62	62	56	68
Drogenhandel	61	61	61	58	64
gewalttätige Krawalle	57	58	57	51	63
Gewalt von Ausländern	55	45	57	52	58
Gewalttätigkeiten in der Familie	46	44	46	35	56
frauenfeindliche Übergriffe	40	43	39	37	43
Menschenschmuggel	32	32	32	25	39



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

2.2 Einschätzung der Ausländerkriminalität

70 Prozent aller Bundesbürger glauben nicht, dass die in Deutschland lebenden Ausländer mehr Verbrechen begehen als die Deutschen.

28 Prozent glauben, dass die Kriminalitätsrate bei Ausländern höher sei als bei Deutschen. Dies glauben vor allem Männer sowie die Selbständigen und FDP-Anhänger.

• Höhere Kriminalitätsrate bei Ausländern?

Die in Deutschland lebenden Ausländer begehen mehr Verbrechen als die Deutschen

	ja %	nein*) %
insgesamt	28	70
Männer	32	65
Frauen	23	75
Arbeiter	30	69
Angestellte	26	72
Beamte	39	58
Selbständige	38	61
Anhänger der: CDU/CSU	31	66
SPD	22	75
FDP	40	58
Grünen	21	78
Linken	21	78

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Von denen, die eine höhere Kriminalitätsrate bei Ausländern vermuten, werden vor allem Osteuropäer (und hier in besonderem Maße die Russen) als besonders kriminell angesehen.



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

2.3 Behandlung der Kriminalität durch Medien und Politik

Über die Hälfte aller Bundesbürger hat den Eindruck, dass die Medien das Ausmaß von Kriminalität und Gewalt in Deutschland in übertriebenem Maße darstellen.

Dies glauben vor allem die Bürger mit weiterführenden Schulabschlüssen und die Anhänger der Linken und der Grünen.

• Meinungen zur Berichterstattung der Medien über Kriminalität

		Das Ausmaß der Kriminalität und Gewalt in Deutschland wird von den Medien dargestellt		
		übertrieben %	angemessen %	verharmlost*) %
insgesamt		52	34	11
Ost		54	32	12
West		52	34	11
Männer		56	32	10
Frauen		49	36	11
Hauptschule		42	35	19
mittlerer Abschluss		50	37	10
Abitur, Studium		60	30	7
Anhänger der:	CDU/CSU	51	35	11
	SPD	58	34	8
	FDP53	33	11	
	Grünen	70	19	9
	Linken	62	26	8

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

Während eine Mehrheit der Bundesbürger bei den Medien eine übertriebene Berichterstattung über Kriminalität und Gewalt vermutet, wird den Politikern von 35 Prozent unterstellt, das Ausmaß von Gewalt und Kriminalität in der Gesellschaft zu verharmlosen. Nur wenige (16 %) haben den Eindruck, die Politiker würden das Problem in übertriebenem Maße darstellen.

• Meinungen und Einstellungen der Politiker zu Kriminalität

Das Ausmaß der Kriminalität und Gewalt wird von den Politikern dargestellt

		übertrieben %	angemessen %	verharmlost*) %
insgesamt		16	43	35
Ost		15	39	40
West		16	43	33
Männer		19	43	31
Frauen		14	42	38
Hauptschule		45	36	42
mittlerer Abschluss		13	40	41
Abitur, Studium		21	46	27
Anhänger der:	CDU/CSU	10	55	30
	SPD	17	47	34
	FDP	15	50	31
	Grünen	30	34	28
	Linken	29	33	32

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

2.4 Sicherheit in Deutschland

Nur ganz wenige Bürger (5 %) fühlen sich heute sicherer als vor ein paar Jahren. 34 Prozent fühlen sich weniger sicher; 61 Prozent sehen keine Veränderungen.

• Sicherheitsgefühl

Es fühlen sich heute im Vergleich zu früher

	sicherer %	genauso sicher %	unsicherer %	Index*)
insgesamt	5	61	34	-29
Ost	6	54	40	-34
Nord**)	4	61	35	-31
Nordrhein-Westfalen	6	57	37	-31
Mitte	6	58	36	-30
Süd	4	70	26	-22
18- bis 29-Jährige	4	70	26	-22
30- bis 44-Jährige	5	63	32	-27
45- bis 59-Jährige	4	57	39	-35
60 Jahre und älter	5	56	39	-34
„Dorf“	5	64	31	-26
Großstadt	6	55	39	-33
staatliche Maßnahmen zur inneren Sicherheit sind ausreichend:				
- ja	4	74	22	-18
- nein	6	49	45	-39

*) Index = Anteil „sicher“ minus „unsicher“

***) Nord = Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen
Mitte = Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland
Süd = Bayern, Baden-Württemberg

Das Gefühl, heute sei es unsicherer als früher, haben in überdurchschnittlichem Maße die Ostdeutschen, die älteren Bürger sowie Großstädter. Im Süden (Bayern und Baden-Württemberg) ist das Gefühl geringerer gewordener Sicherheit nicht so ausgeprägt wie im Rest der Republik.



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

Obwohl über ein Drittel aller Bundesbürger angeben, sich heute weniger sicher als früher zu fühlen, glauben fast 90 Prozent, in ihrer Stadt bzw. Gemeinde und auch in ihrer Wohngegend sicher leben zu können.

Das Gefühl, sicher leben zu können, ist noch größer als im Durchschnitt aller Bürger im Süden der Republik (Bayern und Baden-Württemberg) sowie in den eher ländlichen Regionen und bei den Bürgern mit höherem Einkommen.

• Sicherheit im Wohnort und in der Wohngegend

	Es leben sicher	
	im Wohnort %	in der Wohngegend %
insgesamt	88	88
Ost	83	82
Nord	90	87
Nordrhein-Westfalen	85	87
Mitte	88	85
Süd	95	93
„Dorf“	95	92
Großstadt	75	81
„arm“	78	80
„reich“	94	91

56 Prozent aller Bundesbürger geben an, schon einmal das Opfer einer Straftat (dies waren vor allem Betrügereien bzw. Diebstähle aus dem Auto) geworden zu sein. Westdeutsche, jüngere, unter 45 Jahre alte Bürger sowie Bewohner von Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern geben häufiger als andere an, schon einmal Opfer einer Straftat geworden zu sein.

Ein Drittel aller Bundesbürger hat nach eigenen Angaben Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um sich vor Einbrüchen bzw. Verbrechen zu schützen.



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

3. Der Staat und die Sicherheit

3.1 Erwartungen an den Staat

Über drei Fünftel aller Bürger erwarten vom Staat, dass er die Arbeitslosigkeit bekämpft, die Bürgerrechte wahrt, die Renten sichert und für ein gutes Gesundheitswesen sorgt.

Die Bekämpfung der Kriminalität gehört wie die Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit für mehr als die Hälfte der Bürger zu den wichtigsten Aufgaben des Staates.

Knapp die Hälfte der Bundesbürger hält die Bekämpfung des weltweiten Terrors und Maßnahmen zum Klimaschutz für wichtige Aufgaben des Staates.

Die Einführung von Mindestlöhnen, um die in der Politik derzeit heftig gestritten wird, gehört nach Auffassung von nur 30 Prozent aller Bürger zu den wichtigen Aufgaben des Staates.

Bis auf wenige Ausnahmen (Klima-, Daten- und Minderheitenschutz) sind die Erwartungen der Ostdeutschen an den Staat größer als die der Westdeutschen.

• Wichtigste Aufgaben des Staates

	insgesamt	Ost	West	Anhänger der				
				CDU/CSU	SPD	FDP	Grünen	Linken
	%	%	%	%	%	%	%	%
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	67	74	65	63	72	62	52	73
Wahrung der Bürgerrechte	63	61	63	56	66	63	74	73
Sicherung der Renten	62	69	60	59	64	56	55	69
Schaffung eines guten Gesundheitswesens	61	65	60	57	63	58	58	76
Bekämpfung der Kriminalität	54	57	53	57	55	55	37	47
Wahrung sozialer Gerechtigkeit	54	57	54	46	62	45	60	70
Maßnahmen zum Klimaschutz	48	43	50	43	58	39	64	54
Bekämpfung des weltweiten Terrorismus	48	52	47	51	45	45	28	44
Schutz der persönlichen Daten vor Missbrauch	46	46	46	36	50	43	51	52
Schutz von Minderheiten	30	27	31	24	35	25	40	43
Einführung von Mindestlöhnen	30	43	27	21	32	22	25	58
Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern	20	23	19	15	17	22	8	19

Unterschiede zeigen sich hinsichtlich der Einschätzung der Rolle des Staates auch zwischen den einzelnen Wählergruppen.

So erwarten die Anhänger der SPD und der Linken – mit wenigen Ausnahmen – generell mehr vom Staat als die Anhänger von Union und FDP.



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

3.2 Der Staat und die Bekämpfung der Kriminalität

Über zwei Drittel aller Bundesbürger meinen, der Staat tue nicht genug zur Bekämpfung der Kriminalität.

Dies meinen vor allem die Ostdeutschen, die Frauen, die unteren sozialen Schichten und diejenigen, die die Gesellschaft durch Gewalt und Konflikte geprägt sehen.

• Tut der Staat genug zur Bekämpfung der Kriminalität?

Der Staat tut genug zur Bekämpfung der Kriminalität

	ja %	nein*) %
insgesamt	29	69
Ost	17	81
West	32	66
Männer	34	65
Frauen	25	73
Hauptschule	23	75
mittlerer Abschluss	24	75
Abitur, Studium	37	62
Anhänger der:		
CDU/CSU	29	69
SPD	34	63
FDP	28	70
Grünen	52	47
Linken	25	74
die Gesellschaft in Deutschland ist:		
- harmonisch und friedvoll	43	56
- durch Konflikte und zunehmende Gewalt gekennzeichnet	19	79

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

Von denen, die der Meinung sind, der Staat müsste mehr zur Bekämpfung der Kriminalität tun, erwarten die meisten eine Erhöhung der Präsenz der Polizei und härtere Strafen für Kriminelle.

• Was müsste der Staat mehr zur Bekämpfung der Kriminalität tun?*)

	insgesamt**) %	Ost %	West %
höhere Polizeipräsenz	44	41	45
härtere Strafen	40	45	38
mehr Überwachung	12	10	13
mehr Prävention	9	7	10
mehr für Jugendliche tun	8	5	9
mehr soziale Gerechtigkeit schaffen	7	6	7
Abschiebung krimineller Ausländer	6	5	6
Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, Armut	5	8	4
Sicherheit an Schulen erhöhen	4	2	5
bessere Aufklärung	3	2	3
bessere Integration der Ausländer	2	1	2

*) Basis: Diejenigen, die meinen, der Staat tue nicht genug

***) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

3.3 Der Staat und die Freiheitsrechte der Bürger

70 Prozent aller Bürger finden es richtig, eine vollständige Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen, Bahnhöfen, Flughäfen oder in Stadien und großen Einkaufszentren vorzunehmen.

58 Prozent glauben auch, dass eine solche vollständige Überwachung erfolgreich zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit sei.

Befürwortet wird eine vollständige Videoüberwachung vor allem von den älteren Bürgern sowie den Anhängern der Union und der FDP.

• Meinungen zur Videoüberwachung

Eine vollständige Überwachung auf öffentlichen Plätzen, Bahnhöfen, Flughäfen, Stadien oder in großen Einkaufszentren halten für

	richtig %	erfolgreich %
insgesamt	70	58
Ost	71	62
West	70	57
Männer	68	58
Frauen	72	59
18- bis 29-Jährige	61	42
30- bis 44-Jährige	66	54
45- bis 59-Jährige	66	59
60 Jahre und älter	82	71
Anhänger der:		
CDU/CSU	79	67
SPD	68	53
FDP	75	68
Grünen	50	41
Linken	53	40



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

Bei der Frage, ob die Rechte des Staates für eine wirksame Bekämpfung des internationalen Terrorismus und des weltweiten Verbrechens auch dann ausgeweitet werden sollen, wenn dadurch die persönlichen Freiheiten des einzelnen Bürgers eingeschränkt würden, gehen die Meinungen der Bundesbürger auseinander: 44 Prozent würden eine Ausweitung der Rechte des Staates auch auf Kosten der Freiheitsrechte des Einzelnen für richtig halten, 51 Prozent sprechen sich dagegen aus.

Mehrheitlich befürwortet wird eine Ausweitung der staatlichen Rechte zu Lasten der Freiheitsrechte von den Ostdeutschen, den über 60-Jährigen sowie den Anhängern der Union und der FDP.

• Ausweitung der Rechte des Staates zur weltweiten Bekämpfung von Terror und Verbrechen?

Die Rechte des Staates für eine wirksame Bekämpfung des internationalen Terrorismus und des weltweiten Verbrechens sollten ausgeweitet werden, auch wenn dadurch die persönlichen Freiheiten des Einzelnen eingeschränkt würden

		ja %	nein*) %
insgesamt		44	51
Ost		50	44
West		43	53
18- bis 29-Jährige		30	63
30- bis 44-Jährige		46	49
45- bis 59-Jährige		41	55
60 Jahre und älter		53	43
Anhänger der:	CDU/CSU	54	43
	SPD	39	55
	FDP	55	40
	Grünen	30	66
	Linken	33	62

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

Dass generell durch Maßnahmen zur Erhaltung der inneren Sicherheit die Freiheitsrechte der einzelnen Menschen zu sehr eingeschränkt würden, das glaubt nur eine Minderheit von 19 Prozent. Die große Mehrheit von 81 Prozent meint, dass dies für die Menschen zumutbar sei.

Diese Meinung wird – wenn auch in geringerem Maße als im Durchschnitt aller Bürger – auch von Anhängern der Grünen und der Linken mehrheitlich geteilt.

• Einschränkungen von Freiheitsrechten zumutbar?

Durch die Maßnahmen zur Erhaltung der inneren Sicherheit werden die Freiheitsrechte der einzelnen Menschen zu sehr eingeschränkt

	ja	nein, das ist für die Menschen zumutbar
	%	%
insgesamt	19	81
Ost	19	81
West	19	81
Männer	22	78
Frauen	16	84
18- bis 29-Jährige	25	75
30- bis 44-Jährige	23	77
45- bis 59-Jährige	20	80
60 Jahre und älter	12	88
Anhänger der:		
CDU/CSU	10	90
SPD	19	81
FDP	13	87
Grünen	40	60
Linken	38	62



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

4. Die Bürger, die Polizei und private Sicherheitsdienste 4.1 Einschätzungen zur Polizei

40 Prozent aller Bundesbürger glauben, dass die Polizei generell die Kriminalität in Deutschland bekämpfen kann.

Doch die Einschätzung der Fähigkeiten der Polizei vor Ort sind deutlich weniger pessimistisch: 64 Prozent glauben, dass die Polizei am Wohnort die Kriminalität vor Ort wirksam bekämpfen könne.

• Einschätzung der Fähigkeit der Polizei

Die Polizei kann die Kriminalität wirksam bekämpfen

	in Deutschland insgesamt	am Wohnort
	%	%
insgesamt	40	64
Ost	33	52
West	44	67
Männer	44	65
Frauen	35	63
18- bis 29-Jährige	47	71
30- bis 44-Jährige	38	67
45- bis 59-Jährige	39	60
60 Jahre und älter	37	59
Hauptschule	26	57
mittlerer Abschluss	35	63
Abitur, Studium	48	68
„Dorf“	36	66
Großstadt	38	56
Anhänger der:		
CDU/CSU	42	66
SPD	43	70
FDP	36	58
Grünen	48	75
Linken	38	58
die Gesellschaft in Deutschland ist:		
- harmonisch und friedvoll	56	76
- durch Konflikte und zunehmende Gewalt gekennzeichnet	27	55



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

Große Diskrepanzen zwischen dem generellen Bild der Polizei und dem Zutrauen zu den Fähigkeiten vor Ort finden sich bei den Frauen, den Hauptschulabsolventen und den in ländlichen Regionen Wohnenden.

Kaum jemand glaubt, dass es in Deutschland zu viel Polizei gäbe. Es herrscht vielmehr (bei zwei Dritteln) der Eindruck vor, es gäbe zu wenig Polizisten. Dieser Eindruck findet sich in allen Bevölkerungs- und Wählergruppen.

• In Deutschland: Zu viel oder zu wenig Polizei?

In Deutschland gibt es

		zu viel Polizei %	zu wenig Polizei %	Zahl ist gerade richtig*) %
insgesamt		2	67	29
Ost		2	68	25
West		2	67	30
18- bis 29-Jährige		5	51	42
30- bis 44-Jährige		1	70	28
45- bis 59-Jährige		2	67	29
60 Jahre und älter		0	76	21
Hauptschule		0	78	20
mittlerer Abschluss		1	74	23
Abitur, Studium		3	60	35
Anhänger der:	CDU/CSU	1	67	30
	SPD	1	67	31
	FDP	0	69	27
	Grünen	5	56	34
	Linken	2	66	28

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

Ebenso recht einhellig ist die Einschätzung, dass die Polizei in Deutschland nicht in ausreichendem Maße für ihre Aufgaben ausgerüstet sei.

Lediglich die jungen, unter 30 Jahre alten Bürger haben in überdurchschnittlichem Maße den Eindruck, die Polizei sei gut genug ausgerüstet.

• Meinungen zur Ausrüstung der Polizei

Die Ausrüstung der Polizei in
Deutschland ist ausreichend

	ja %	nein*) %
insgesamt	27	67
Ost	25	66
West	27	67
18- bis 29-Jährige	48	48
30- bis 44-Jährige	23	72
45- bis 59-Jährige	22	72
60 Jahre und älter	19	71
Anhänger der:		
CDU/CSU	26	68
SPD	28	64
FDP	17	77
Grünen	32	61
Linken	28	64

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

4.2. Einstellungen zu privaten Sicherheitsdiensten

41 Prozent aller Bundesbürger finden es gut, dass es in Deutschland immer mehr private Sicherheitsdienste gibt. Und 50 Prozent halten private Sicherheitsdienste für notwendig.

Die Akzeptanz privater Sicherheitsdienste ist bei Männern, Bürgern mit Abitur oder Studium, den Anhängern der Grünen und Linken und vor allem bei den Beamten geringer als im Durchschnitt aller Bürger.



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

Doch auch in den Gruppen, die generell Vorbehalte gegen private Sicherheitsdienste haben, wird die Notwendigkeit dieser Dienste eingeräumt.

• Einstellungen zu privaten Sicherheitsdiensten

	Dass es immer mehr private Sicherheitsdienste gibt, finden gut %	private Sicherheitsdienste sind notwendig %	
insgesamt	41	50	
Ost	37	50	
West	42	50	
Männer	34	45	
Frauen	47	55	
18- bis 29-Jährige	56	44	
30- bis 44-Jährige	36	54	
45- bis 59-Jährige	36	52	
60 Jahre und älter	36	49	
Arbeiter	50	59	
Angestellte	36	47	
Beamte	22	56	
Selbständige	38	49	
Hauptschule	53	64	
mittlerer Abschluss	40	54	
Abitur, Studium	31	42	
Anhänger der:			
	CDU/CSU	40	51
	SPD	40	48
	FDP	45	62
	Grünen	29	39
	Linken	33	41

27 Prozent glauben, die privaten Sicherheitsdienste gäbe es, weil der Staat die Sicherheit im Land nicht mehr garantieren könne.

Mehr Bürger (55 %) führen die gestiegene Zahl privater Sicherheitsdienste allerdings auf das gesteigerte Sicherheitsbedürfnis der Bürger selbst zurück.



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

Die Bekämpfung der Kriminalität, die Verkehrsregelung und -überwachung sowie die Sicherheitskontrollen an Flughäfen sollten nach Meinung der Mehrheit der Bundesbürger unbedingt Aufgabe der Polizei bleiben.

Der Schutz bei Großveranstaltungen, von Politikern und Gebäuden aber könnte nach Meinung von mehr als der Hälfte der Bundesbürger genauso gut oder sogar besser und billiger von privaten Sicherheitsdiensten übernommen werden.

• Privatisierung im Bereich der öffentlichen Sicherheit?

	ist unbedingt eine Aufgabe der Polizei diensten über- nommen werden %	könnte auch von privaten Sicherheits- gemacht werden %	könnte von privaten Diensten besser und billiger %
Bekämpfung der Kriminalität	94	5	1
Verkehrsregelung	83	12	4
Verkehrsüberwachung	71	21	8
Sicherheitskontrollen an Flughäfen	64	27	8
Schutz bei Großveranstaltungen	49	38	13
Schutz von Politikern und Prominenten	39	43	18
Schutz von Gebäuden oder Wohnvierteln	35	46	19

Um die Sicherheit in Wohnvierteln zu erhöhen, würden nur 29 Prozent aller Bundesbürger bereit sein, für private Sicherheitsdienste Geld zu bezahlen.



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

- Geld für private Sicherheitsdienste?

Um die Sicherheit im Wohnviertel zu erhöhen,
würden für einen privaten Sicherheitsdienst
Geld bezahlen
%

insgesamt	29
Ost	31
West	28
Männer	22
Frauen	35
Hauptschule	42
mittlerer Abschluss	29
Abitur, Studium	22
Haushaltsnettoeinkommen:	
- unter € 1.000	32
- € 1.000 bis € 2.000	29
- € 2.000 bis € 3.000	29
- € 3.000 und mehr	27
Staat gut genug gegen Kriminalität:	
- ja	15
- nein	34



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

forsa-Umfrage

Zusammenfassung

Die Untersuchung zeigt, dass die ökonomischen Probleme trotz sinkender Arbeitslosenzahlen und günstigerer Entwicklung der Konjunktur noch immer stark im Bewusstsein der Bürger verankert sind.

Doch neben den ökonomischen Problemen stellen Kriminalität und Gewalt in den unterschiedlichen Facetten eine konkrete Bedrohung für viele Bürger dar. Der internationale Terrorismus ist dabei eher eine abstrakte Größe. Er wird als Bedrohungskulisse wahrgenommen, jedoch im Alltag noch nicht als wirklich besorgniserregend eingestuft.

Stärker ängstigen die Bürger die Alltags-Kriminalität und vor allem die Tendenzen zu Gewalt und Verrohung in der Gesellschaft. Als Ursache für den von den Bürgern empfundenen Anstieg von Verbrechen und Gewalt werden nicht zuletzt die sozialen Missstände und Ungleichgewichte in der gegenwärtigen Gesellschaft vermutet.

Die Behandlung von Gewalt und Verbrechen in den Medien wird eher als übertrieben eingestuft. Bei den Politikern sehen die Bürger hingegen eher Tendenzen zur Verharmlosung der Entwicklungen, die ihnen Sorgen und Ängste bereiten.

Beim Staat hat die Mehrheit der Bürger den Eindruck, dass er sich nicht in erforderlichem Umfang darum kümmert, die negativen Entwicklungen zu mehr Gewalt und Verbrechen auch adäquat zu bekämpfen. Erwartet werden von den Bürgern mehr Präsenz der Polizei, härtere Maßnahmen und Strafen gegen Kriminelle sowie eine effizientere Prävention. Dabei werden Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität und des Terrors (z.B. auch eine vollständige Videoüberwachung öffentlicher Orte) von einer Mehrheit der Bürger auch dann akzeptiert, wenn sie zu Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten führen sollten.

Zahl und Ausrüstung der Polizeikräfte werden von den Bürgern als unzureichend empfunden. Vor diesem Hintergrund (aber auch, weil das Sicherheitsbedürfnis der Bürger selbst größer geworden ist), werden private Sicherheitsdienste immer mehr akzeptiert – vor allem dann, wenn es nicht um rein hoheitliche Aufgaben wie Personen- oder Gebäudeschutz geht.



Öffentliche Sicherheit: Staatsmonopol oder marktfähiges Gut?

Berlin, 20. September 2007

AHG

Die gemeinnützige Alfred Herrhausen Gesellschaft (AHG) ist das internationale Forum der Deutschen Bank. Sie sucht Spuren der Zukunft in der Gegenwart und führt Menschen zusammen, die sich für die Zivilgesellschaft engagieren.

Die Suche nach Wegen in die Zukunft muss nationale Grenzen überschreiten; bessere Lösungen können nur in einem internationalen Dialog gefunden werden. Die Arbeit der AHG ist somit Teil des weltweiten Engagements der Deutschen Bank für Kultur und Gesellschaft.

Die AHG ist dem Wirken des früheren Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, verpflichtet, der 1989 von Terroristen ermordet wurde. Zeitlebens setzte er sich für die gesellschaftliche Verantwortung der Wirtschaft ein.

Kontakt:

Alfred Herrhausen Gesellschaft
Deutsche Bank
Unter den Linden 13-15
10117 Berlin
Germany

Tel.: +49-30-3407 4201

Fax: +49-30-3407 4209

www.alfred-herrhausen-gesellschaft.de